

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

**Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn** trägt 2000.— **Mk.**, bei Selbstabholung 1700.— **Mk.**. — Preis der Einzelnummer 80.— **Mk.**. — **Telephon für Kontor und Expedition:** Nr. 22721 und Nr. 24588 **Telephon für die Inseraten-Abteilung** Nr. 19721. **Postkontonr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13688. — Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — **Telephon 24588**

**Inseratenpreise:** Die 10spaltige Kolonelle oder deren Raum 200.— **Mk.** bei Platzvorrückung 250.— **Mk.**; Familienanzeigen von Privatpersonen, die 10spaltige Kolonelle 75.— **Mk.**; — **Reklame-Kolonelle 1000.—** **Mk.** **Schluss der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer** donnerstags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Auostriker, Zwelageschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Bertrauen im englischen Unterhause.

### Baldwins Vermittlungshoffnung.

**Scharfe Kennzeichnung des Berliner Vertrages durch Snowden.**  
London, 16. Februar. Im Unterhause ergriff heute der Schatzkanzler Baldwin nach Snowden und Mc Donald das Wort und führte aus, England wolle Frieden und eine Regelung aller europäischen Angelegenheiten. Die Regierung sei der Ansicht, daß dies Ziel eher von Großbritannien erreicht werden könne, wenn es seine Freundschaft mit dem französischen Militären aufrechterhalte in der Hoffnung und in dem Glauben, daß die Zeit kommen könne, wo die Dienste Englands als Vermittler und Helfer möglich und wirksam sein könnten.

Snowden führte aus, niemals in der Geschichte sei eine geschlossene Nation so zerklüftet und gespalten worden wie Deutschland durch die Bestimmungen des Friedensvertrages. Der Vertrag raube 20 Millionen Menschen in Europa ihre Nationalität und stelle sie unter eine fremde Regierung. Der Vertrag vermindere die Bevölkerung Deutschlands um 20 Prozent und habe Deutschland mehr als 20 Prozent seiner Kohlenquellen genommen sowie mehr als ein Drittel seiner Erwerbslosgen. Der Vertrag habe die Schlagader des deutschen Wirtschaftslebens durchgeschnitten und habe ihm Bedingungen für die Bezahlung von Entschädigungen auferlegt, die unmöglich erfüllt werden könnten. Im März 1921 habe die deutsche Regierung angeboten, Bedingungen anzunehmen auf Grund einer Entschädigung von 2500 Millionen Mfr. Dies Angebot sei nicht angenommen worden. Frankreich sei heute das reichste Land in Europa; trotzdem lasse es keine Aktion zu rechtfertigen, indem es sich den Anfechtungen, die es in einer betagelten Wirtschaftlichen Lage. Die Milion Frankreichs sei auch nach dem Friedensvertrag nicht gerechtfertigt. Deutschland habe, als es Frankreich vor 50 Jahren geschlagen hatte, seine französischen Provinzen gekostet; es habe nicht französische Güter zerstört. Deutschland habe Frankreich eine Entschädigung von 200 Millionen und nicht von 1500 Millionen Mfr. auferlegt; es habe nicht den nationalen Kredit Frankreichs zerstört. Wenn Deutschland gewonnen hätte, so hätte es den Milionen einen Frieden auferlegt, der brutal, ungerecht, ehrlos und herausfordernd gewesen wäre und der mehr dauernden Haß hervorgerufen hätte als der Frieden, den die Milionen diktiert hätten. (Beifall bei der Arbeiterpartei.)

### Schulden- und Reparationsfrage im Unterhause.

London, 16. Februar. Bonar Law teilte gestern im Unterhause auf verschiedene Anfragen über die Schulden Frankreichs, Italiens, Belgiens und der andern Länder an England mit, er habe der Pariser Konferenz einen Plan unterbreitet, in dem die britische Regierung eine allgemeine Regelung der Frage der Reparationen und der internationalen Schulden empfehle. Was die Zukunft betreffe, so wolle er nur sagen, daß die britische Regierung vollkommen freie Hand behalte, um eine dieser Fragen oder beide wieder aufzurufen, wenn sich eine geeignete Gelegenheit dazu bietet. Abgesehen von dem Wiederaufbaufakt von 10 Millionen Mfr., wofür Zinsen in bar gezahlt werden, schulde Belgien England nichts mehr. Mac Keil erklärte auf eine Anfrage Morels über die Befragung badischer Städte durch französische Truppen, die Rheinlandkommission habe auf Initiative des französischen Oberkommissars der Verfügung zugestimmt, die die erwähnten Städte ihrer Jurisdiktion unterstelle. Der britische Vertreter habe sich der Teilnahme an diesem Beschluß enthalten. Bonar Law erwiderte auf eine Anfrage des Liberalen Benn, ob er die britischen Vertreter im Wölkerbund anweisen werde, die Frage der Revision des Berliner Vertrages aufzuwerfen, er glaube nicht, daß irgendein Vorteil aus dem vorgeschlagenen Verfahren entstehen würde. Wenn sagte Morels, ob die Vertreter Großbritanniens imstande seien, diese Frage unter Art. 19 zu erheben in Anbetracht dessen, was Lord Curzon im Oberhause erklärte. Bonar Law erwiderte, er glaube, sie seien es. Auf verschiedene Anfragen, ob seitens der französischen Regierung irgendein Ersuchen gestellt wurde, einen kleinen Teil des britischen besetzten Gebietes der französischen Besetzung abzutreten, um die Wegschaffung der Ruhrkohle und den Durchgang der französischen Truppen zu erleichtern, erwiderte der Premierminister, die französische Regierung stelle kein derartiges Ersuchen.

Das Mitglied der Arbeiterpartei Burton fragte den Premierminister, ob die Ansicht der Rechtsberater der Krone über die Frage eingeholt wurde, ob die Aktion der Franzosen dem Vertrag von Versailles widerspreche. Der Premierminister verneinte diese Frage. Burton fragte hierauf, ob die Ansicht der Rechtsberater im besonderen darüber eingeholt werden wolle, ob die Aktion auf Grund des Teils 8 des Friedensvertrages, auf den die Franzosen ihre Aktion gründen, die einstimmige Zustimmung der Reparationskommission erfordere. Auf diese Anfrage erwiderte Keil, es würde zwecklos sein, den von Burton vorgeschlagenen Weg zu verfolgen, weil die Ansicht der Rechtsberater auf der Auslegung des britischen Gesetzes durch britische Gerichte begründet sein würde, auf Grund dessen, deren Auslegung vielleicht für andere Nationen nicht annehmbar seien. Das Parlamentsmitglied Benn fragte, ob es nicht ratsam sei, daß die Auslegung von Teil 8 auf einstimmiger Entscheidung der Reparationskommission beruhen müsse. Wie stimme der britische Vertreter? Keil fragte: Ueber welche Frage? Benn erwiderte: Ueber die Frage, ob der Vorschlag in das Ruhrgebiet den Bestimmungen des Teiles 8 entspricht. Keil antwortete, soweit er sich erinnere (11), habe der britische Vertreter überhaupt nicht seine Stimme abgegeben. Benn sagte darauf, wenn dem so sei, wie könne es dann eine einstimmige Entscheidung der Reparationskommission sein? Keil erwiderte, er habe keine Mitteilung gemacht, daß sie einstimmig gewesen sei.

Der Arbeiterführer Clynes erklärte bei Einbringung der Änderungsanträge der Arbeiterpartei, er sei überzeugt, daß die auswärtige Politik zum großen Teil die Ursache der industriellen Bewirtung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs sei, an dem das

Land leide. Die Art der Behandlung Rußlands durch England war der Hauptgrund für das öffentliche Durcheinander. (Beifall bei der Arbeiterpartei.) Sie habe die russische Regierung mehr gestärkt als geschwächt und war danach angehen, die Stellung Englands zu schwächen. Die Hauptstörung sei der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland. Die Feindschaft und der Haß seien durch die Politik Frankreichs hervorgerufen. Die Regierung vermehrte, ihre endgültige Politik bekanntzugeben. Man werde gern von ihr hören, ob nach ihrer Ansicht die Forderung Frankreichs nach Reparationen in eine Rechtfertigung für die dauernde Besetzung und Unterdrückung Deutschlands umgewandelt worden sei. Die Arbeiterpartei verwerte die unnatürliche Doktrin, daß Deutschland verhindert werden müsse, stark genug zu werden, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Clynes erklärte, das wahre Heilmittel sei eine scharfsinnige Abänderung der Friedensverträge. (Hört, hört!) Eine solche Wonne nicht ohne Konferenz stattfinden. Diese Wonne jedoch scheitern, wenn nicht vorher der Beschluß in der auswärtigen Politik der Regierung, die erbärmliche Fehlerhaftigkeit, die in so vielen Teilen des Berliner Vertrages zum Ausdruck komme, allgemein von allen beteiligten Regierungen anerkannt werde.

Lord Cavendish Bentinck erklärte, der Streit zwischen Frankreich und Deutschland müsse im Interesse der englischen Arbeiterklasse aus dem Wege geräumt werden. Die Jagd nach Schätzen, auf die sich Lloyd George begeben habe, als er nach Versailles gegangen sei, habe England nichts gebracht als Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Verluste. Die gesamten Kräfte müßten dem Wölkerverband überwiegen werden. Das Mitglied der Arbeiterpartei Smith erklärte, die Politik, die gegen die phantastischen Vorbedingungen des Jahres 1918 angeklämpft hätten, seien gerechtfertigt worden. Die gesamte Politik und Haltung der britischen Regierung gegenüber Frankreich sei vorwerflich. Sie bedeute u. a. das anjische Verhalten einer Aktion, die durch askemäßige Gründe nicht gerechtfertigt sei. Er könne nichts im Friedensvertrag sehen, was einer einzelnen Macht gestatte, ohne Zustimmung ihrer Milionen jederzeit in Deutschland einzumarschieren, wenn ihr dies gut schiene. Smith trat für eine umfassende Revision der Friedensverträge ein. Das parlamentarische Mitglied Wise erklärte, augenscheinlich sei es unmöglich, von Deutschland Reparationen zu erlangen, aber wenn es zu einer Regelung komme, müsse man die Sicherheit haben, daß Deutschland ein harter Strich um den Hals gelegt werde. Man müsse dafür sorgen, daß die Milionen Deutschland gegenüber in angemessener Weise konkurrieren könnten. Das Mitglied der Arbeiterpartei Trevelyan sagte, er glaube, es würde ebenso wie in England in der ganzen Welt starken Widerhall finden, wenn Großbritannien erkläre, daß die Zeit für eine Revision des Berliner Vertrages durch die Nationen der Welt gekommen habe. So stark wolle der Widerhall sein, daß die Franzosen vielleicht belämmen würden zu lächeln, daß sie nicht unbegrenzt die Arbeit der Welt unbeschäftigt lassen können. Jeder Vorschlag für eine Revision müsse begleitet sein von einem Sicherheitsangebot für Frankreich. Der Friedensvertrag biete Frankreich solche Arten von Sicherheiten.

Die Ausprache im englischen Unterhause hat schon im voraus in unserem geistigen Vortragskreis insofern eine Kommentierung erfahren, als die Politik der englischen Regierung ihre Erklärung findet in den englischen Wirtschaftsverhältnissen. Der Wunsch des nationalföhrlichen Abgeordneten Wise, daß Deutschland ein harter Strich um den Hals gelegt werden müsse, entspricht zweifellos der Ansicht von Law und der englischen Schwerindustrie. Im Kriege aber ist das übereinstimmende Eintreten der Führer der Arbeiterpartei für die Revision des Vertrages von Versailles bemerkenswert. Diese Reden werden in England ihren Eindruck nicht verfehlen.

### Ablehnung des Abänderungsantrages.

London, 16. Februar. Im Unterhause wurde der Abänderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede, in dem der auswärtigen Politik der Regierung die Schuld an der Arbeitslosigkeit in England zugeschrieben wird, mit 277 gegen 180 Stimmen abgelehnt, also mit einer Mehrheit von 97 Stimmen für die Regierung.

### Schwierigkeiten über das englisch-französische Transportabkommen.

Paris, 16. Februar. Die Verhandlungen, die der Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer mit dem englischen Kabinett geführt hat, sind um 1 Uhr nachmittags zu Ende gegangen. Die letzte Konferenz dauerte zwei Stunden. Nach einer Privatmeldung wird von englischer und französischer Seite über das Ergebnis der Verhandlungen Stillschweigen bewahrt. Die britische Regierung habe im Laufe der heutigen Beratungen gegenwärtige Entwürfe unterbreitet, die Le Troquer sofort der französischen Regierung übermitteln habe. Man glaubt jedoch zu wissen, daß der Grundriß des französischen Verlangens hinsichtlich der Eisenbahnlinie Düren-Trier angenommen worden sei. Der Londoner Berichterstatter des Temps sagt im Gegensatz zu dem Havas-Berichterstatter, man verhoffe, daß ein Einverständnis noch nicht habe erzielt werden können und daß die Verhandlungen nächstens wieder aufgenommen werden würden.

London, 16. Februar. Dem Evening Standard zufolge hat die englisch-französische Konferenz so gut wie auf einem toten Punkt geendet. Es sei kein Beschluß bezüglich des französischen Ersehens um Eisenbahnreparaturarbeiten in der britischen Zone erzielt worden.

## Wandlungen.

Als Anfang der siebziger Jahre der französische Milliardenlegen verpulvert war, legte eine gehörige Ermüchtung ein. Der Gründerperiode folgten Krach auf Krach und das war die Veranlassung, einen vollständigen Wandel in der Wirtschaftspolitik des neuen Reiches vorzunehmen. Zur Zeit des preussischen Verfassungsstreites war die Fortschrittspartei der Träger der preussischen Wirtschaftspolitik. Sie erging sich im leichtesten Manchestertum, das Ferdinand Lassalle so treffend als „Nachtwächteridee“ charakterisierte, da der Staat im Sinne der Liberalen lediglich die Rolle eines Nachtwächters ausüben habe. Die Fortschrittler verlangten die Freiheit vollständigen Gewährenlassens und trieben so im Kielwasser östlichen Manchestertums, das bereinigt der Wirtschaftspolitik Englands sein Gepräge gab. „Nichts als Freihandel“, das war die Parole der Liberalen. Als aber der Ratenhammer Mitte der siebziger Jahre eintrat, machten sich starke Tendenzen bemerkbar, die liberale Wirtschaftspolitik abzubauen. Bismarck wurde der Träger der Hochschulpolitik, die die Einleitung bildete für den Imperialismus des Finanzkapitals, der im Jahre 1914 zum gewalttätigen Zusammenstoß mit den imperialistischen Bestrebungen der anderen hochkapitalistischen Länder führte.

Die Manchesterteute waren Gegner einer jeden Sozialpolitik, weil durch den Schutz einer Sozialpolitik die Freiheit des Gewährenlassens unterbunden werde. Bis dahin beherrschte das Manchestertum die deutsche Nationalökonomie, und nur Friedrich List ahnte weit vorausschauend die Wandlungen, die in den siebziger Jahren vollzogen wurden. Weil dieser erste Vertreter einer wirklichen Sozialpolitik das verkannte, was in den siebziger Jahren, freilich in ganz anderem Sinne zur Ausführung kam, ließen ihn die Vertreter des frühdeutschen Kapitalismus verhungern. Erst in den siebziger Jahren machten sich in den Kreisen der deutschen Nationalökonomie Tendenzen bemerkbar, die dem liberalen Manchestertum, das bisher alleinherrschend war, entgegenströbten. Das liberale Freihandelsprinzip wurde ausgegeben und Bismarck knetet die Liberalen solange, bis er sie, das Sozialistengesetz als Werkzeug benutzend, nach Damaskus führte. Die führenden Leute der deutschen Nationalökonomie gründeten den Verein für Sozialpolitik. Es entstand der Rathgeber-Sozialismus, der sich für sozialpolitische Maßnahmen begeisterte, der gewerkschaftlichen Tätigkeit seine Unterstützung ließ und auch sonst den Staat zu bewegen verfuhte, den Druck auf die Arbeiterklasse zu vermindern. Das war die Aufgabe des Vereins für Sozialpolitik, der in diesen Zeiten gegründet wurde. Er hat zeitweise eine große Bedeutung erlangt, während in den letzten Jahren von ihm und seinen Publikationen immer weniger Notiz genommen wurde. Die letzte Tagung des Vereins im vergangenen Jahre, die in Eisenach erfolgte, hat keinerlei Echo mehr gefunden. Und jetzt machen sich in den führenden Kreisen dieser Leute Bestrebungen bemerkbar, die die einstige Gedankenwelt in das Gegenteil verkehren möchten.

Der Professor Herdner, der zu den bedeutendsten Leuten dieser Gruppe zählte, gehörte bereinigt zu den schärfsten Gegnern des unentwegten Manchestertums. Er schrieb ein Buch über die Arbeiterfrage, das in weitesten Kreisen Beachtung fand. Fast drei Jahrzehnte hat dieses Werk seinen Einfluß genommen und jetzt sehen wir den Verfasser dieses Buches, seine ehemaligen Bestrebungen abschwörend, zu den Gegnern übergehen. Das ist ein Zeichen unserer Zeit, in der die Interessen des Schwerkapitals ihren Einfluß auch auf den Rathgeber bemerkbar machen. In dem Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlicht Prof. Herdner einen Aufsatz, in dem er seine Wandlung zu begründen versucht. Früher seien die Forderungen des Vereins für Sozialpolitik berechtigt gewesen. Jetzt müsse eine Korrektur vollzogen werden, da nunmehr im Gegensatz zu früher den sozialistischen Arbeitern Rechtsgleichheit gewährt würde, da weiterhin die Arbeitgeberverbände sich nicht mehr weigerten, mit den Gewerkschaften als berufenen Vertretern der Arbeiterschaft zu verhandeln und da auch bei der volkswirtschaftlichen Kraft Deutschlands sozialpolitische Fortschritte keine Bedrohung des Wirtschaftslebens mehr bedeuteten. Die Arbeiterklasse habe auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens Gleichberechtigung erlangt. Durch die Zentralarbeitsgemeinschaft seien die gewerkschaftlichen Organisationen und wesentliche Punkte ihres Programms anerkannt worden. In den Volksvertretungen verfügten die Arbeiterparteien über einen starken Einfluß, so daß die Gesetzgebung in sozialwirtschafts- und steuerpolitischen Angelegenheiten eine Richtung eingeschlagen habe, gegen die die gelehrte Nationalökonomie selbst in der Vorkriegszeit Verwahrung eingelegt habe. Aus allen diesen Gründen sei der Standpunkt des Vereins für Sozialpolitik nicht mehr aufrechtzuerhalten. Jetzt sei es notwendig, das Hauptaugenmerk nicht mehr auf die Verteilungsprobleme, sondern auf die „Fhebung der produktiven Leistungen“ zu richten. Das etwa sind die Bestrebungen, die auch Stinnes in seiner bekannten Rede vor dem Reichswirtschaftsrat vertrat. So kommen wir allmählich auf die Bahnen zurück, die Anfang der siebziger Jahre verlassen wurden. In den Kreisen der deutschen Nationalökonomie macht sich in immer stärker werdendem Maße ein neues Manchestertum bemerkbar, das dahin strebt, der Wirtschaft alle sozial-

Bormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 19200 Mk.